

Rundfunkgebühr: Rentner und Studenten bald befreit

Die Petitionsausschüsse des Bundestages und der Landesparlamente wollen noch vor der Sommerpause eine Änderung des vor einem Jahr beschlossenen Rundfunkstaatsvertrages erwirken. Darauf einigten sich die Ausschußvorsitzenden am Ende einer zweitägigen Beratung in Berlin.

Ralf Hillenberg (SPD), Vorsitzender des Petitionsausschusses im Berliner Abgeordnetenhaus, sagte: "Die Änderung des Rundfunkstaatsvertrages im April 2005 hatte eine Entbürokratisierung zum Ziel. Speziell ging es damals um die Vereinfachung der Kriterien für die Befreiung von der Rundfunkgebühr. Es wurde festgelegt, daß künftig nur noch Hartz-IV-Empfänger von der Zahlung freigestellt werden. Dabei wurde allerdings übersehen, daß viele Rentner und Studenten oft weitaus geringere Einkommen haben als Langzeitarbeitslose. Hier muß der Vertrag nachgebessert werden, damit auch diese Bevölkerungsgruppen von der Gebührenzahlung befreit werden."

Nach dem Willen der Ausschußvorsitzenden wird der Petitionsausschuß des Landtages von Nordrhein-Westfalen in den kommenden Wochen federführend einen Änderungsantrag erarbeiten, der dann von den Petitionsausschüssen der 16 Bundesländer und des Bundestages unterstützt und an alle Ministerpräsidenten der Länder herangetragen werden soll.

kh